

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Die braunschweigische Chronfolge.

Eine historische Sitzung der Landesversammlung.

Braunschweig, 29. Okt.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung der Landesversammlung gab Staatsminister von Hartwig Auskunft über die Verhandlungen in der Thronfolgefrage.

Danach bestanden im Bundesrat nach dem Referat des beauftragten Bevollmächtigten keine Bedenken mehr gegen die Thronbesteigung eines Mitgliedes des herzoglichen Hauses, und der Antrag Breukens wurde zur Annahme empfohlen. Der Minister hob dann hervor, daß mit dem Regierungsantritt des Prinzen Ernst August das nahezu 30 Jahre währende Provisorium im Herzogtum ein Ende nehme. In der loyalen Haltung Breukens und dem Reiche gegenüber werde auch in Zukunft niemals eine Aenderung eintreten. Diese Erklärung habe gestern auch die Billigung des Prinzen gefunden. Dem Bundesrat habe er die Verzichtleistungsurkunde des Herzogs von Cumberland vorgelegt, sie sich aber wieder ausbedenken, um sie dem Archiv einverleiben zu können. Nachdem dann der Minister der beiden Regenten des Herzogtums und ganz besonders warm des Herzog-Regenten Johann Albrecht gedacht hatte, gibt er eine Uebersicht über die Thronfolgefrage und schildert die einzelnen Phasen. Gleichzeitig hob er hervor, daß die miltärischen Ueberlieferungen der hannoverschen Völkern gewiß Schwierigkeiten herbeigeführt haben, deren Beseitigung die Ergreifung gewisser Maßnahmen für die Zukunft nötig mache. Mit Zustimmung Breukens ist die Anregung von Braunschweig in einem Schreiben vom 4. Oktober ausgegangen. Dieses Schreiben wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht werden.

Staatsminister v. Hartwig verlas sodann

die Verzichtleistung des Herzogs von Cumberland.

Darin heißt es:

Nach dem am 18. Oktober 1884 erfolgten Ableben unseres hochverehrten Herrn Oheims und Veters, des durchlauchten Herzogs und Herrn Wilhelm, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg u. s. w. ist uns als nächsten Thronfolgeberechtigten das Recht auf den Thron des Herzogtums Braunschweig kraft der in unserem fürstlichen Gesamthaus Braunschweig-Lüneburg bestehenden Rechte überkommen. Die Regierung im Herzogtum Braunschweig konnte von uns nicht ausgeübt werden, da vom Bundesrat unsere Verbindung zur Ausübung der Regierung ausgesprochen wurde. In der Voraussetzung, daß vom Bundesrat gegen den Regierungsantritt unseres vielgeliebten Sohnes Ernst August, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, königlichen Prinzen von Groß-Britannien und Irland, königliche Hoheit und Lieben, von Rechts wegen Bedenken nicht mehr erhoben werden, verzichten wir hiermit feierlichst auf die uns überkommenen Rechte auf den braunschweigischen Thron und übertragen diese in ihrem vollen Umfange auf unseren vielgeliebten Sohn Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg u. s. w.

Nach der Befragung der Verzichtleistung schilderte dann der Minister seinen gestrigen Besuch beim Prinzen Ernst August. Er habe danach die Ueberzeugung gewonnen, daß der Prinz jedes seiner Worte getreulich halten und seinen Verpflichtungen loyal nachkommen werde. An seiner Bündnistreue sei kein Zweifel. Er werde alles tun, um das Herzogtum zu fördern.

Die Landesversammlung hielt darauf eine geheime Sitzung ab, in der

folgende öffentlich verlesene Erklärung

beschlossen wurde:

Die Landesversammlung hat mit lebhafter Befriedigung von den Ausführungen des Herrn Staatsministers Kenntnis genommen. Sie begrüßt mit Freude den Bundesratsbeschluss vom 27. d. Mts., welcher die Wiederübernahme der Regierungsgewalt im Herzogtum durch das angestammte und in vierhundertjähriger Geschichte mit dem Lande verbundene welfische Herrscherhaus gewährt. Die Landesversammlung spricht die zuverlässige Erwartung aus, daß der im ganzen Lande mit Jubel begrüßte bevorstehende Regierungsantritt Seiner königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August, Herzogs zu Braunschweig, unter Gottes Schutz nicht nur dem Herzogtum zum Segen gereichen werde, sondern auch dem Deutschen Reiche, und daß in der Bevölkerung des Herzogtums Bestrebungen keinen Boden gewinnen werden, die das gute Verhältnis mit dem Bundesstaate Preußen trüben könnten.

Diese Erklärung wurde einstimmig gutgeheißen. Der Abgeordnete Glafer berichtete sodann namens der Finanzkommission über die Regierungsvorlage, betr. die landesfürstliche Rente. Diese Rente wurde in der angeforderten Höhe von 1.125.322 $\frac{1}{2}$ Mark einstimmig und ohne Debatte bewilligt.

Das Kaiserpaar in Athenow.

Athenow, 29. Oktober. Heute Abend 7 Uhr treffen hier zur Beglückwünschung des Herzogpaars Ernst August, im Automobil von Potsdam kommend, das Kaiserpaar, die Königin von Griechenland, die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, die Prinzessin Irene und Prinz Christoph von Griechenland ein. Um 7 Uhr findet ein Diner beim Herzogpaar statt, an dem die gesamten fürstlichen Gäste teilnehmen. Die Rückkehr nach Potsdam erfolgt gegen 10 Uhr.

Deutsches Reich.

Zur Vernichtung des L. 2.

Die amtlichen Feststellungen.

Berlin, 29. Oktober.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die amtlichen Ermittlungen über die Entstehungsurfrage der Katastrophe des Marine-Luftschiffes „L. 2“ ergaben nachstehendes:

Ein luftverdünnter Raum entstand in der vorderen Gondel durch die bei dieser Konstruktion zum ersten Male angewandte Art des an der Vorderseite der Gondel befindlichen Schusschirmes; Anjaugen des an der

Anterseite des Luftschiffes austretenden Gases und Entzündung des in die Gondel hineingekommenen Gasgemisches durch einen Funken am Motor. Die Entstehungsmöglichkeit einer solchen verhängnisvollen Saugwirkung bei diesem neuartigen Schusschirm haben weder die Konstrukteure der Marine, noch die der Zeppelin-Gesellschaft voraus. Bis dahin hatte sich die bisherige Schusschirmkonstruktion durchaus bewährt. In verschiedenen Veröffentlichungen äußerten Fachmänner und Laien ihre mutmaßlichen Ansichten, und unkontrollierbare Gerüchte entstanden. So soll der mit dem Luftschiff umgekommene Reichsminister Lasch vor dem Ausfluge die Offiziere aufmerksam gemacht haben, daß die Motore nicht in Ordnung seien, die Offiziere aber hätten auf der Fahrt bestanden mit der Begründung der Anwesenheit der Abnahmekommission. Für die Wichtigkeit eines solchen an sich sehr wenig glaubwürdigen Vorganges fehlt nicht nur jede Unterlage, sondern es ist festzustellen gewesen, daß das Verhalten der Motore vor dem Ausfluge einwandfrei gewesen ist. Weiter soll die Zeppelin-Gesellschaft selbst, insbesondere der Luftschiffkapitän Gland, die schwersten Bedenken gegen die angeblich von der Marineverwaltung geforderte Konstruktion des Luftschiffes, insbesondere gegen die Verlegung des Laufganges in das Schiff selbst, gehabt haben. Dies trifft nach der ausdrücklichen Erklärung der Zeppelin-Gesellschaft nicht zu. Die Verlegung des Laufganges in den Schiffskörper wurde auch zuerst von der Zeppelin-Gesellschaft angeregt. Derartige Bedenken der Gesellschaft sind schon deshalb völlig ausgeschlossen, weil andernfalls die über die Konstruktion vertraglich bestimmende und für sie verantwortliche Gesellschaft ganz selbstverständlich weder die vorhergehenden Wertprobefahrten vorgenommen, noch der Marine das Schiff auf der Fahrt von Friedrichshafen nach Johannisthal unter der Führung des Kapitäns Gland zur Abnahme vorgeführt hätte, noch endlich den Kapitän Gland und seine Techniker als Vertreter der Gesellschaft an den weiteren Abnahmefahrten hätte teilnehmen lassen. Mit dieser auch im Namen der Zeppelin-Gesellschaft abgegebenen Erklärung werden alle Gerüchte und jede Legendenbildung widerlegt. Die nunmehr erkannten Gefahrenquellen werden künftig ausgemerzt. Ueber den hierzu einzuschlagenden Weg besteht zwischen der Marine und der Zeppelin-Gesellschaft völliges Einvernehmen.

Von den Wahlen in Baden.

Karlsruhe, 29. Oktober. Wie das „B. L.“ erfährt, wird in Offenburg-Stadt, wo der Abgeordnete Müller dem Zentrumskandidaten unterlag, die Wahl angefochten werden. In Karlsruhe-Land, wo bekanntlich eine Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und den Nationalliberalen ausgefochten wird, haben die Konservativen zugunsten der Nationalliberalen ihren Kandidaten zurückgezogen und beifällig für den nationalliberalen Kandidaten gestimmt, in der Hoffnung, daß sie von den Nationalliberalen in den drei Wahlkreisen Durlach-Land, Schwellingen und Mannheim-Land gegen die Sozialdemokraten unterstützt werden. Die Nationalliberalen haben bekanntlich in diesen Wahlkreisen die Parole für die Sozialdemokraten ausgegeben.

Um die bayerische Staatszeitung.

München, 29. Oktober. (Kammer der Abgeordneten.) Im Verlaufe der Interpellation über die „Bayerische Staatszeitung“ meinte der Abg. Süßheim (Soz.), daß die Regierung den Landtag bewusst ausgeschaltet habe, während der Abg. Kohl (liberal) in der Zeitung nur ein Schutzorgan für die Zentrumspolitik sieht. Abg. Beckh (kons.) brühte sich zustimmend aus, während Abg. Müller (Soz.) sich nach der finanziellen Seite des Unternehmens erkundigte. Nachdem Hr. v. Herffling sich gegen die Vorwürfe, daß die Staatszeitung ein Parteiblatt sei, gewandt hatte, tadelte Abg. Günther (liberal), daß man die Volksovertretung nicht gebürt habe. Nach einer weiteren Bemerkung des Ministerpräsidenten war die Besprechung beendet. Später lehnte die Kammer einen sozialdemokratischen Antrag ab, den Gesekzentwurf über die Regentenschaft erst einem Ausschusse zu überweisen, über den also morgen beraten wird.

Bevorstehende Beförderung des Kronprinzen.

Berlin, 29. Oktober. In der neuen Dienstrangliste der Generale und Stabsoffiziere der Armee steht jetzt der Kronprinz bei den Obersten der Kavallerie als rangältester Regimentskommandeur. Sämtliche Vorkandidaten des Kronprinzen als Obersten der Kavallerie befinden sich bereits in Stellungen als Kommandeure von Kavalleriebrigaden. Selbst der unmittelbare Hintermann des Kronprinzen, Oberst Kleemann, der sein Patent als Oberst erst vom 18. Februar 1913 hat, ist bereits mit der Führung einer Kavalleriebrigade, der 16., beauftragt worden. Es ist daher ersichtlich, daß das Kommando des Kronprinzen als Kommandeur der ersten Leibwachen in Danzig jetzt nur noch auf die kürzeste Zeit bemessen worden ist, und damit übereinstimmend sind auch zum 1. April sämtliche Mietsverträge für die Unterkunft des Kronprinzen und des Hofhaltes in Langjahr bereits gekündigt worden.

Kleine politische Meldungen.

Berlin, 29. Oktober. Zu der Leipziger Ordensaffäre wird dem „B. L.“ an den zuständigen Berliner amtlichen Kreisen folgendes erklärt: Der Kaiser wird offiziell von solchen Ordensablehnungen nicht verständigt, sondern die Rückweisung wird einfach zur Kenntnis genommen, womit der Fall für die Behörde erledigt ist. Die Orden werden entsprechend dem Rangverhältnis verteilt und dabei gilt der Grundsatz, daß Ausländer stets Anspruch auf einen um einen Rang höheren Orden haben als Inländer. Die Verleihung der Auszeichnungen an Geheimrat Thieme und Oberbürgermeister Dietrich erfolgte nicht auf Grund bestimmter Wünsche des Kaisers, sondern auf den Vorschlag der zuständigen Ministerien.

Berlin, 29. Oktober. Der Reichskanzler hat an den Zentralverband Deutscher Industrieller, den Bund Deutscher Industrieller und den Deutschen Handelstag Einladungen zur Teilnahme an einer Montag den 17. November im Reichsamt des Innern stattfindenden Besprechung über die Frage der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk ergeben lassen. Gegenstand der Beratung wird im wesentlichen die Denkschrift des Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsamtes vom 5. Oktober 1912 betreffend die Abänderung des Handwerkergesetzes vom 26. Juli 1897 bilden.

Berlin, 29. Oktober. Der neu ernannte Vorsitzende der Anstaltungskommission für Posen und Westpreußen, Geheimrat Oberregierungsrat Gansse wird bereits am 1. November sein Amt antreten.

Hamburg, 29. Oktober. Der Verband der deutschen Juden hält seine fünfte Hauptversammlung in Hamburg am 8. und 9. November ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Geschäftsbericht, sowie ein Vortrag des Rabbiners Otto Goldschmidt-Königsbütte über die soziale Fürsorge in der jüdischen Religion und einer des Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe über die Juden im öffentlichen Leben Deutschlands.

München, 29. Oktober. Das bayerische Königsgesetz steht, wie gemeldet, auf der morgigen Tagesordnung der Abgeordnetenkammer. Der ersten Lesung soll gleich die zweite folgen. Die Reichsratskammer könnte bereits am Freitag sich über die Vorlage formell entscheiden. Wie indes verlautet, soll erst in der nächsten Woche die Vorlage auf die Tagesordnung der Reichsratskammer gesetzt werden.

München, 29. Oktober. Der Ausschuss des Kaufmännischen Vereins in Regensburg hat einstimmig den Beschluß gefaßt, den Vortrag des Karlsruher Historikers Professor Drews über die Geschichte seit Jesu abhalten zu lassen, obwohl der Bischof von allen Kanzeln ein Verbot hatte verlesen lassen, den Vortrag anzuhören oder dem kaufmännischen Verein als Mitglied anzugehören. Der Vorstand hat dem Bischof eine sachliche Darstellung unterbreitet, daß das Verbot unberechtigt sei, und erwartet, daß der Bischof die Ermüdung gleichfalls von den Kanzeln verkünden lassen wird.

Ausland.

Eine schwedisch-russische Spannung?

Stockholm, 29. Oktober.

In den letzten Tagen waren hier Gerüchte verbreitet, daß die schwedisch-russischen Beziehungen eine bedrohliche Spannung zugenommen hätten. Die Gerüchte hatten hauptsächlich in den Enthüllungen, die der große Landesverratsprozess gegen den ehemaligen schwedischen Unteroffizier Törnqvist gebracht hatte, ihren Grund. Durch jenen Prozess ist klar erwiesen worden, daß Ausland in Schweden schon seit längerer Zeit eine systematische Spionage betreibt, und es läßt sich nicht leugnen, daß die russische Gesandtschaft in Stockholm kompromittiert worden ist. Es liegen schriftliche Beweise dafür vor, daß der russische Militärattache in Stockholm, Herr Affonowitsch, durch den verhafteten Handelsattaché Solteinsion als Mittelsperson mit dem Landesverräter Törnqvist in Verbindung gestanden hat, um auf diesem Wege Mitteilungen über militärische Geheimnisse Schwedens zu erhalten. Die schwedische Regierung hat die Entfernung des Militärattachés verlangt, die russische Regierung ist darauf auch eingegangen, hat aber die Bedingung gestellt, daß Affonowitsch noch einige Zeit auf seinem Posten verbleiben solle, damit die Sache nicht allzu großes Aufsehen erzeuge. Es hat sich herausgestellt, daß der russische Militärattache unter dem falschen Namen eines französischen Marquis mit den beiden Landesverrättern in Verbindung getreten ist.

Um die Präsidentschaft in Mexiko.

Mexiko City, 29. Oktober. Der Minister des Aeußern erklärte, daß, falls Gueria und Blarquet bei der Präsidentschaftswahl die zu der Wahl nötigen Stimmen erhalten hätten, was wahrscheinlich sei, der Kongreß die Wahl Guertas für ungültig erklären würde. Blarquet würde die Präsidentschaft bis zur Neuwahl übernehmen. Die Klausel, die ausschließt, daß der Präsident unmittelbar wiedergewählt wird, finde auf dem Vizepräsidenten keine Anwendung.

Kleine Meldungen.

Wien, 29. Oktober. Der in der Angelegenheit der Canadian Pacific hervorgetretene Grünhut erklärte in dem Briefe, der veröffentlicht wurde, er sicherte sich, um gegen alle Eventualitäten gesichert zu sein, die Majorität des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses. Bei seiner Vernehmung vor der Polizeidirektion bewiegerte er eine nähere Erklärung über den Brief. In einer Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses wurde beschlossen, zur Wahrung der Würde des Ausschusses und der Arbeit der Mitglieder gegen Grünhuts Verächtlichung Verwahrung einzulegen.

Wien, 29. Oktober. Das Abgeordnetenhause nahm die Regierungsvorlage über die Verbrauchsabgabe für Schaumweine in zweiter Lesung an. Die Steuererträge betragen für Traubenschäumwein in einer kleinen Flasche 40 Heller, in einer ganzen Flasche 80 Kubikzentimeter 20 Heller und in größeren Flaschen für jede weiteren 20 Kubikzentimeter 20 Heller. Sodann erfolgte die Beratung über die Regierungsvorlage betreffend die Erhöhung der Branntweinsteuer.

Stockholm, 29. Oktober. Die Besserung im Befinden des Königs ist soweit fortgeschritten, daß die Krone ihm gestatten, morgen kurze Zeit an den Festlichkeiten der Leibgarde teilzunehmen. Der König übernimmt am 3. November die Regierung wieder.

Petersburg, 29. Oktober. Hier verlautet, daß auf die Zeit der russischen Ostern ein Besuch des Königs und der Königin von England in Begleitung des Prinzen von Wales in Zarsoje Sjele bevorstehe, bei dem die Verlobung des Prinzen von Wales mit der Großfürstin Tatjana erfolgen soll. Der Besuch des Königs Albert von Belgien im kommenden Sommer in Petersburg steht gleichfalls fest.

Petersburg, 29. Oktober. Das Ministerium des Aeußern hat der Reichsarmee eine dringliche Vorlage betr. die Errichtung eines Generalkonsulats in Albanien eingebracht.

Sofia, 29. Oktober. Die ein der Regierung nahestehendes Blatt berichtet, wird in den aller nächsten Tagen zwischen Zar Ferdinand und dem Grafen Berchtold, dem österreichischen Minister des Aeußern, in Rest eine Zusammenkunft erfolgen, bei der auch der bulgarische Minister des Aeußern anwesend sein wird.

Rom, 29. Oktober. Bis heute lagen aus 508 Wahlkreisen 505 Ergebnisse vor. Danach sind 237 Ministerielle, 52 Ministerielle Kandidaten, 19 verfassungstretende Oppositionelle, 27 Katholiken, 11 Republikaner, 39 offizielle Sozialisten und 19 reformierte Sozialisten gewählt. In 101 Wahlkreisen sind Stichwahlen erforderlich.

Madrid, 29. Oktober. Der König hat heute zwei Dekrete unterzeichnet, durch die das Parlament auf unbestimmte Zeit vertagt und Rajael Andral zum Gouverneur von Barcelona ernannt wird. Rajalington, 29. Oktober. Nach einer Mitteilung des „Sun“ hat der Generalanwalt entschieden, der fünfprozentige Zollrabatt